Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1.18 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 3.78 Mk., monatlich 1.26 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auerbach und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg., Reklamezeile 75 Pfg. Auerbach und der Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., sonst 80 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler infolge fehlender Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 10. | Dienstag, den 14. Januar 1919 | 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Deutsche Waffenstillstandskommission hat sowohl gegen die Deutschland von der Entente auferlegten finanziellen Verpflichtungen, wie gegen das Treiben der Franzosen im Elsaß nachdrücklichsten Einspruch erhoben.

Der Volksbeauftragte Noske erklärte, daß die Regierung alle militärischen Maßnahmen zum Schutze des Deutschtums im Osten treffen werde.

Die Friedenskonferenz soll am 20. Januar beginnen.

Der Streik der Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen ist durch die Hetze der Spartakisten wieder aufgeflammt.

Riga ist von den deutschen Truppen geräumt.

Die Engländer haben Düsseldorf und einige andere rechtsrheinische Orte besetzt.

Nochmals Kirche und Staat.

P.L.F. Sowohl von seiten der Deutsch-nationalen, wie auch von sozialistischer Seite ist in die Frage „Kirche und Staat" absichtlich viel Verwirrung getragen worden. So geht das nicht, daß man etwa, wie die Sozialisten es machen, auf die katholische Kirche hinweist, um zu beweisen, daß eine Kirche keiner staatlichen Unterstützung bedürfe. Ebenso aber ist es falsch, zu behaupten, die Trennung wäre nicht notwendig, weil die Kirche nur den Staat hätte beherrschen wollen. Dem Katholizismus ist die Tendenz zu herrschen noch heute eigen, und die evangelische Landeskirche hat den umgekehrten Fehler gemacht, sie hat sich allzu willfährig in den Dienst des Staates gestellt und dadurch ein gut Teil Vertrauen im Volke verloren. Nebenbei sei bemerkt, daß unser erster Artikel alle Formen der Kirche im Auge hatte und Vorkommnisse geißelte, die, wenn auch nicht hier, so doch in nicht zu großer Entfernung von uns Aergernis erregt haben. Sachlich ist nun Folgendes zu überlegen: Keinen Einfluß oder nur nur einen geringen würde die von den Sozialisten geforderte rücksichtslose Trennung auf die katholische Kirche haben, da diese international organisiert, für den Kampf gerüstet ist, und beispielsweise schon in Frankreich Erfahrungen, und zwar gute Erfahrungen, gemacht hat. Aehnlich liegen die Dinge mit den religiösen Gemeinschaften, die nicht zur Landeskirche gehören, sie waren und sind selbständig, und brauchen nichts zu befürchten.

Die große Gefahr besteht nur für die offizielle evangelische Landeskirche. Sie ist nicht international, sondern national, oft noch enger, organisiert. Für sie ist das Ausbleiben des Staatsschutzes eine tiefeinschneidende Aenderung ihrer Lage. Wir müssen Sorge dafür tragen, daß nicht durch die Trennung der Katholizismus in Deutschland wieder das Uebergewicht erhalte, sondern dahin wirken, daß die vom Staat befreite, wieder zur Volkskirche gewordene evangelische Kirche erfolgreich ihren seelsorgerischen Aufgaben nachgehen könne.

Die verfassungsrechtliche darf nur allmählich zur finanziellen Trennung führen. Wie der Staat die Wissenschaft unterstützt, ohne ihre Freiheit zu beschränken, so muß er auch die Kirche sichern, ohne sie zu bevormunden, bis sie stark genug ist, sich von ihm unabhängig zu machen.

Die Vorgänge in Berlin.

Der preußische Kriegsminister über die Lage.

Kriegsminister Reinhardt erklärte einem Vertreter des Berl. Lokalanz. über die Lage: Mit der Wiedereroberung der meisten von den Spartakusleuten besetzten Gebäude ist die wesentliche militärische Aufgabe gelöst. Was nun noch zu tun bleibt, sind Ordnungsmaßnahmen. Nachdem der Hauptwiderstand gebrochen ist, muß die öffentliche Sicherheit ganz wiederhergestellt werden, damit am nächsten Sonntag die Wahlen zur Nationalversammlung in Ordnung vor sich gehen können. Dazu ist es vor allem notwendig, daß die Waffen abgeliefert werden. Das dürfte wohl nicht ohne militärisches Mitwirken gelingen. Auf eine Frage nach den Verhältnissen im Reiche erwiderte der Kriegsminister, im Innern könnten wohl kleine Gruppen von Spartakusleuten, denen jetzt das Berliner Pflaster zu heiß unter den Füßen wird, Putschversuche in anderen Gegenden versuchen. Wir sind jedoch gewillt, fügte Oberst Reinhardt hinzu, die Ordnung, die wir in Berlin jetzt durchführen, im ganzen Lande herzustellen, auch mit Rücksicht auf unser Ansehen im Auslande, besonders, um unsere Kräfte zum Schutze unserer Grenzen und zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes verfügbar zu haben. Nach meiner Auffassung wird uns das gelingen.

Erklärungen des Polizeipräsidenten von Berlin.

Der Berliner Polizeipräsident Richter äußerte sich über die Lage ungefähr wie folgt: Nachdem es uns gelungen ist, die Spartakistennester restlos auszunehmen, glaube ich, daß mit dem heutigen Tage Ruhe Ordnung und Sicherheit in Groß-Berlin wieder einkehren werden. Jedenfalls haben wir genügend Machtmittel in der Hand, um irgendwelche Putsche im Keime ersticken zu können, und sind gewillt, diese Macht rücksichtslos zu gebrauchen. Ich habe die Sicherheit sehr fest in der Hand. Die unlauteren Elemente sind ausgemerzt worden. Im Interesse der Ordnung und Sicherheit ist es notwendig, daß die entkommenen Führer Eichhorn, Liebknecht usw. in Haft genommen werden, denn sie haben sich sehr gegen die Staatsordnung vergangen. Aber wir haben sie zur Zeit noch nicht. Nur Wedebour, Dr. Meyer und der Sohn Liebknechts sind verhaftet.

Die Berliner Zeitungen.

Die Berliner Presse ist von der Herrschaft der Spartakistenbestreit, aber noch ist es allen Blättern nicht möglich, in der bisher gewohnten Weise zu erscheinen. Die sechstägige Herrschaft des Terrors über die Berliner Presse hat Folgen gezeitigt, die für die nächsten Tage vor allem dem Berliner Tageblatt und dem Vorwärts es unmöglich machen, in der alten Weise herauszukommen. Infolge der Zerstörung in den Druckereibetrieben muß das Berl. Tageblatt von dem Erscheinen in den nächsten Tagen überhaupt absehen, während der Vorwärts nur einmal täglich erscheint. Der Berl. Lokalanzeiger kann dagegen nur in kurzen Sonderausgaben erscheinen, und die Blätter des Ullsteinverlages kommen nur mit erheblicher Verspätung heraus.

Spartakus im Reiche.

Düsseldorf von den Engländern besetzt.

Infolgedes Treibens der Spartakusleute sahen sich die Düsseldorfer Polizeibeamten gezwungen, in den Streik zu treten. Die über das spartakistische Treiben aufs höchste gesteigerte Empörung der Menge zeigte sich in ungeheueren Demonstrationszügen der Demokratischen Partei. Als die Demonstrationszüge am Hauptbahnhofe vorbeizogen, eröffneten plötzlich die Spartakisten auf die völlig unbewaffneten Demonstranten, unter denen sich auch viele Frauen befanden, Maschinengewehrfeuer. Während die Demonstranten panikartig auseinanderstoben, erschien ein von Spartakisten geführtes Panzerauto und eröffnete auf die Fliehenden nochmals Feuer. 22 Personen wurden getötet oder verwundet. — Darauf rückten die englischen Truppen mit Panzerautos ein, stellten die Ordnung wieder her und besetzten die Stadt.

Noch eine sozialistische Republik.

Wie aus Cuxhaven gemeldet wird, ist in Cuxhaven, Amt Ritzebüttel, Kreis Hadeln und Kreis Neuhaus, eine sozialistische Republik ausgerufen worden.

Zur inneren Lage.

Ein neues bayrisches Staatsgrundgesetz.

Das neue bayrische Staatsgrundgesetz sieht im wesentlichen achtzehn Grundsätze vor, die unter anderem in der Hauptsache folgendes besagen: Bayern ist Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands. Die höchste Gewalt des bayerischen Staates liegt beim Volk. Durch Wahlen der Staatsbürger wird der Landtag gebildet, der aus einer Kammer besteht. Wahlberechtigt sind alle bayerischen Staatsbürger, wählbar jeder bayerische Staatsbürger über 25 Jahre. Die oberste vollziehende Gewalt wird vom gesamten Ministerium ausgeübt. Das Gesamtministerium hat das Recht, Beschlüsse des Landtages spätestens innerhalb vier Wochen der Volksabstimmung (Referendum) zu unterbreiten. Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten. Der Staat sichert die Unverletzlichkeit der Person, Freiheit des Glaubens, Freiheit der Lehre, Wissenschaft und Kunst. Das Eigentum ist unverletzlich. Vor dem Gesetz sind alle Einwohner gleich. Die Rechtsprechung wird durch unabhängige Gerichte ausgeübt. Alle Vorrechte der Geburt und des Adels, sowie alle Titel werden aufgehoben. Neue Fideikommisse dürfen nicht errichtet werden, die bestehenden sind aufzulösen. Die öffentlichen Lasten sind nach der Leistungsfähigkeit zu verteilen. Die Glaubensgesellschaften sind unabhängig vom Staat und unterstehen dessen Schutz. Niemand kann zum Eintritt in eine Glaubensgesellschaft, zur Teilnahme an ihrem Kultus gezwungen werden. Das Unterrichtswesen ist eine staatliche Angelegenheit. Die Erteilung des Religionsunterrichts obliegt den Glaubensgesellschaften. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht weitgehender Selbstverwaltung. Die Beamten haben das unbeschränkte Recht ihrer staatsbürgerlichen Freiheit. Die Rechte der Beamten bleiben unangetastet.

Die Wahlen zur bayrischen Landesversammlung.

Nach den bisher vorliegenden Teilresultaten der vorgestrigen Wahlen zur bayrischen Landesversammlung wurden bis jetzt am Stimmen abgegeben: Bayrische Volkspartei 262 891, Deutsche Volkspartei 196 883, Sozialdemokratische Partei 312 011, Mittelstandspartei 1 324, Unabhängige Sozialdemokraten 81 241, Bauernbund 81 526.

Die Lage im Osten.

Kundgebungen der östlichen Provinzen.

Tagtäglich laufen zahlreiche Kundgebungen aus Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Oberschlesien bei der Reichsregierung ein, in welchen die deutsche Bevölkerung gegen die polnischen Annexionsbestrebungen Widerspruch erhebt und ihren unerschütterlichen Willen zum Ausdruck bringt, mit dem Deutschen Reiche vereint zu bleiben.

Ueber die derzeitige militärische Lage in Posen erfahren wir von polnischer Seite folgendes: Im Abschnitt Hohensalza ist die Lage unverändert. Im Abschnitt Znin haben polnische Abteilungen Labischin und Schubin genommen. Znin ist von polnischen Truppen umzingelt. Weitere Kämpfe sind im Gange. Aus Bentschen haben sich die polnischen Abteilungen unter dem Drucke überlegener Kräfte zurückgezogen. Im Süden bei Storchnest, an der Bahnlinie zwischen Kosten und Gostyn, haben die Polen zwei Geschütze genommen. Ueber die Lage um Bromberg wird mitgeteilt, daß zurzeit kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung besteht. Die Polen sind in Netzwalde eingezogen, während die deutschen Truppen den Uebergang über den Kanal bei Netzwalde noch halten. Die deutschen Streitkräfte halten die Linie Kiollo—Zielines—Netzdorf—Hopfengarten.

Noske über den Schutz des Ostens.

Die vorgestrigen Demonstrationen der Mehrheitssozialisten verliefen, soweit bekannt ist, ruhig. Ein großer Demonstrationszug erschien mit schwarz-rot-goldenen Fahnen vor der Reichskanzlei. Staatssekretär Noske hielt eine Ansprache, in der er im Namen der Regierung die Freude darüber aussprach, daß die Demonstranten gekommen seien, um den Truppen, die so brav ihre Pflicht getan haben, ihren Dank abzustatten. Nachdem Noske noch die Zusicherung gegeben hatte, daß in der Reichshauptstadt schon in den nächsten Tagen Ruhe und Ordnung herrschen wird, fuhr er fort: Ich werde dann nur noch so viel Truppen in Berlin zurückhalten, um den Verlauf der Wahlen zur Nationalversammlung und diese selbst zu sichern. Und glauben Sie mir, daß die Reichsregierung alle Maßnahmen getroffen hat, um deutsches Land und deutsche Bürger vor polnischer Willkür sicherzustellen. Die Regierung weiß genau, was sie dem deutschen Lande und den deutschen Bürgern schuldig ist. Sie hat bisher ihre Pflicht getan, und wird sie auch weiterhin tun und unsere Grenzen im Osten sichern und schützen, soweit es von der deutschen Regierung erwartet werden muß.

Eine neue deutsche Waffenstillstands-Note.

Staatssekretär Graf Rantzau hat an die Vertreter der Entente eine Note gerichtet, in der er die neuen Waffenstillstandsverhandlungen in Trier vorbereitet und die vielfältigen Vorstöße einzelner Ententemächte, insbesondere der Franzosen, gegen Deutschland, zurückweist. In der Note wird darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland sein Bestes getan habe, um die Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen, und daß gerade diejenigen Ententemächte, die über Deutschlands Säumigkeit klagen, die Erfüllbarkeit der Bedingungen in Frage gestellt haben. So habe die Entente die polnischen Bestrebungen unterstützt, oder